

Bezugspreis: Für den Monat September 200.— M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, sowie Ost- und Westfalen, Ost- und Westfalen, Ost- und Westfalen...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-295 und 2506-2507

Donnerstag, den 31. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-Abteilung: Dönhofs 2506-2507

Anzeigenpreis: Die einspaltige Kompletzeile kostet 40.— M. Restzeile 180.— M.
Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 12.— M. (ausfällig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10.— M. Stellengröße und Schließenspannen das erste Wort 7.— M., jedes weitere Wort 5.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 15.— M.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlusszeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Kurze Vertagung in Paris.

Die Reichsregierung ist über die Entwicklung der Reparationsfrage im Laufe des heutigen Vormittags nicht unterrichtet. Bekannt ist in amtlichen Stellen nur, daß die für heute vormittag geplante Sitzung der Reparationskommission auf nachmittags verlagert wurde. Nach wie vor ist jeder Optimismus über den Gang der Entscheidung unangebracht. Die Uneinigkeit, die sich in London zeigte, hat innerhalb der Reparationskommission ihren Fortgang gefunden und wird jedenfalls zum Schaden Europas vorläufig eine Beilegung nicht finden.

Die große Presse der Entente-Länder sagt den weiteren Verhandlungen der Reparationskommission einen sehr ungünstigen Verlauf voraus; das Moratorium werde abgelehnt werden, weil Deutschland — wie wir bereits gemeldet haben — die verlangten Garantien nicht gebe. Nach glaubhaften Pariser Meldungen hat die französische Regierung in Brüssel angefragt, wie sich die belgische Regierung zu französischen militärischen Maßnahmen gegen Deutschland verhalten würde.

Nach dem Pariser „Deure“ hat der stellvertretende amerikanische Delegierte in der Reparationskommission, Logan, gestern das Wort genommen, um das belgische Projekt Theunis zu unterstützen. Er erklärte, daß, wenn Amerika in diesem Augenblick auch nicht offiziell in die Debatte eingreifen könne, es sich doch vorbereite, im November bestimmte Vorschläge zu machen. Ein System, das die Rechte Belgiens aufrechterhält — und diese allein stehen gegenwärtig in Frage — müßte unbedingt angenommen werden. — Das „Deure“ erklärt, daß der einzige Lösungsvorschlag, der noch in Betracht komme, der belgische sei, aber von diesem wolle Poincaré nichts wissen. Wenn aber heute in der Reparationskommission zuerst über diesen Antrag abgestimmt würde, so würden England, Italien und Belgien dafür stimmen, womit der Antrag angenommen wäre. In diesem Falle würde die Erörterung unterbrochen werden, damit Deutschland Zeit hätte, die Entscheidung der Reparationskommission anzunehmen, und damit Poincaré Zeit hätte, sie abzulehnen. Wenn aber der belgische Vermittlungsvorschlag nicht als erster zur Abstimmung käme und die Delegierten sich zunächst über das Moratorium auszusprechen hätten, dann erscheine der Bruch sicher.

Die Lieferungsverträge.

Paris, 30. August. (M.T.B.) In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Reparationskommission führte der deutsche Bevollmächtigte Staatssekretär Schröder folgendes aus:

Als bei den informatorischen Besprechungen mit Sir John Bradburn und Herrn Maucière deutscherseits der Vorschlag gemacht wurde, die Holz- und Kohlenlieferungen durch privatrechtliche Verträge unmittelbar mit den Lieferanten zu sichern, hatte vorher mit einem gerade in Berlin anwesenden Vertreter der Kohlenindustrie gesprochen werden können, der grundsätzlich einverstanden war. Die Anregung der deutschen Regierung geht dahin: Es sollen feste Lieferungsverträge zunächst bis Ende 1923

und die für diese Zeit festgesetzten Beträge in der gleichen Weise abgeschlossen werden, in der sonst im geschäftlichen Verkehr solche Lieferungsverträge abgeschlossen zu werden pflegen. Es würden hierbei insbesondere auch die im geschäftlichen Verkehr sonst üblichen Sicherungen vorgezogen werden können. Ein solches Verfahren würde einen sehr erheblichen Unterschied gegenüber dem bisherigen darstellen. Bisher müßte die deutsche Regierung die von Zeit zu Zeit durch die Reparationskommission festgesetzten Lieferungen auf die Produzenten verteilen und von ihnen die Lieferung fordern. Eine solche Forderung konnte mit den privaten, sonst übernommenen Verpflichtungen für Lieferungen kollidieren, und es konnten sich infolgedessen bei der Disposition über die produzierten Mengen für die Produzenten erhebliche Schwierigkeiten für die Möglichkeit der Reparationslieferung ergeben. Wird dagegen ein unmittelbarer Lieferungsvertrag von den Produzenten sofort für die sämtlichen Lieferungen bis Ende 1923 übernommen, dann haben die Lieferanten bei der Übernahme sonstiger Lieferungsverpflichtungen diese von ihnen freiwillig übernommenen privatrechtlichen Reparationsverpflichtungen von vornherein zu berücksichtigen und können ihre Gesamtdispositionen hiernach treffen. Dann ist eine

unmittelbare und bedingungslose Gewähr

der Durchführung gegeben, ebenso wie für jeden anderen privatrechtlichen Lieferungsvertrag.

Die deutsche Regierung hat dann sofort maßgebende Vertreter der Kohlenindustrie nach Berlin zusammenberufen und hat mit ihnen ein grundsätzliches Einverständnis darüber erzielt, die Verhandlungen dahin fortzuführen, daß die Lieferungen durch privatrechtliche Organisationen übernommen werden. Hierbei wurden die Formulierungen über die Einzelheiten noch nicht aufgestellt. Man ist vielmehr davon ausgegangen, daß es sich sehr empfiehlt, diese Formulierungen sobald in Verhandlungen mit den abnehmenden Stellen der alliierten Mächte zu suchen.

Die deutsche Regierung schlägt deshalb vor, daß sofort zu diesem Zwecke unmittelbare Verhandlungen zwischen den abnehmenden

den Stellen der alliierten Mächte und den liefernden Syndikaten, vertreten durch die Herren Hugo Stinnes, Peter Klöckner, Lüben und Silberberg unter Beteiligung der Reichsregierung, aufgenommen werden und schlägt als Verhandlungsort Wiesbaden vor. Die Verhandlungen über die Lieferungen von Holz könnten sich dann unmittelbar an die über die Kohlen anschließen, nachdem sie in entsprechender Weise durch Erörterungen zwischen der Reichsregierung und den Produzenten vorbereitet sind. Die Weiterführung der Verhandlungen mit den Industriellen hat natürlich

nur dann einen Zweck.

wenn uns die Reparationskommission wenigstens einen Fingerzeig dafür geben kann, ob überhaupt Aussicht besteht, daß man auf der Grundlage dieses Gedankens zur Gewährung des beantragten Zahlungsausschubes bis Ende 1922 kommen kann. Man kann nicht verlangen, daß etwa jetzt schon fertige Lieferungsverträge vorgelegt werden, ohne daß man weiß, wohin derartige Verhandlungen führen. Wenn die Reparationskommission der Ansicht sein sollte, daß der ganze Gedanke der Lieferungen nicht ausreicht, um den Zahlungsausschub zu gewähren, so würde die deutsche Regierung nicht die genannten Industriellen zu Reisen und zu Einzelverhandlungen veranlassen. Es muß wenigstens eine Sicherung dafür gegeben sein, daß die Reparationskommission den Zahlungsausschub für den Fall bewilligt, daß über die Einzelheiten noch eine Verständigung erzielt werden wird. Ich bitte daher die Reparationskommission, mir zunächst eine Antwort auf die Frage zu geben, ob der Gedanke der Lieferungsverträge geeignet erscheint, als Bedingung für den Zahlungsausschub zu dienen. Wird diese Frage verneint, dann hat die Verfolgung dieses Gedankens keinen Zweck. Wird die Frage grundsätzlich bejaht, so können die Einzelverhandlungen mit den genannten Industriellen sofort aufgenommen werden.

Diese Antwort wird wohl heute nachmittag gegeben werden.

Dollar: 1700-1725.

In Berliner Finanzkreisen war heute vormittag bekannt, daß die Dinge in Paris sich in einem für Deutschland wenig günstigen Sinne entwickeln. Allerdings war man der Meinung, daß die in sensationeller Aufmachung gebrachte Meldung eines hiesigen Vormittagsblattes: „Die deutschen Vorschläge abgelehnt“, nicht völlig zutreffend sei. An der Börse herrscht sogar über diese Stimmungsmache eine gewisse Entrüstung. Im Vormittagsverkehr zog der Dollar zeitweilig bis 1800 an. An der Börse bewegte sich der Kurs gegen Mittag zwischen 1700 und 1725. Die hiesige Spekulation ist der Meinung, daß heute in Paris doch immerhin noch ein Moratorium auf kurze Frist, wenn auch unter schweren Bedingungen zu Stande kommen werde. Man nimmt an, daß der belgische Vorschlag vielleicht mit gewissen Abänderungen angenommen wird. Die Börse verhält sich naturgemäß infolge der noch herrschenden Ungewissheit sehr zurückhaltend. Das zeigt sich besonders an den Effektenmärkten, wo außerdem die anhaltende Geldknappheit das Geschäft stark unterbindet. Selbst am Markt der Auslandsrenten und sonstigen Wertpapieren war die Bewegung heute nicht mehr so stürmisch wie gestern.

Auf dem Wege zur Einigung.

Die Einigungsverhandlungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sind in gutem Fortgang begriffen. Es wurde bereits bekanntgegeben, daß die beiden Parteivorstände schon vor mehreren Tagen den Beschluß faßten, ein Aktionsprogramm auszuarbeiten, das am 3. September beraten werden soll. Nunmehr haben sich die unabhängigen Sozialdemokraten entschlossen, mit Rücksicht auf die Verhältnisse ihren Parteitag, der ursprünglich auf den 1. Oktober angelegt war, auf den 20. September vorzuerlegen. Der unabhängige Parteitag findet in Gera statt, auf seiner Tagesordnung steht hinter dem Geschäftsbericht und dem Bericht der Reichstagsfraktion als besonderer Punkt „Einigung des Proletariats“. Referenten sind Crispian und Ledebour. Die Zahl der Delegierten ist auf 200 festgesetzt, die ursprünglichen Wahltermine werden beibehalten.

Wenn die beiden Parteitage in den politischen Fragen und in der Frage der Einigung des sozialistischen Proletariats zu übereinstimmenden Beschlüssen kommen, dann soll die Möglichkeit gegeben sein, daß am Sonntag, den 24. September, eine gemeinsame Tagung beider Parteien stattfindet, als deren Ort Nürnberg in Aussicht genommen ist.

Bern, 31. August. (Z.N.) Die Zeitung der sozialistischen Partei der Schweiz hat an das in Frankfurt tagende Exekutivkomitee der Wiener Arbeitsgemeinschaft eine Erklärung gesandt, in der es heißt, die Vereinigung der U.E.P. mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bedinge die Übertragung dieser Einigung auf internationalen Boden. Keinesfalls jedoch schließe die Selbstständigkeit der Wiener Arbeitsgemeinschaft die Möglichkeit einer internationalen Vereinigung zur gemeinsamen Aktion mit anderen internationalen Klassenorganisationen aus, sofern es sich um die Durchführung sozialistischer Ideen und Ideale handele.

Der Betriebsrat als Kontrolleur.

Von Kurt Heintz.

Die Kommunisten versuchen wieder einmal, innerhalb der Berliner Arbeiterbewegung Bastionen zu errichten, an denen sich der Strom der zunehmend einheitlicher werdenden Arbeiterbewegung von neuem zerpalten soll. Diesmal sind es die Betriebsräte, die als Hebel benutzt werden. Die Betriebsräte sind eine alte Liebe der Kommunisten. Aus einem ganz einfachen Grunde: Die Gärung unserer Zeit liegt überall dort, wo Arbeiter oder Angestellte tätig sind, den alten Gegensatz zwischen politisch und wirtschaftlich Interessierten und Gleichgültigen verschwinden. Auch der Letzte wurde in den Strudel der täglich wechselnden Zeitfragen und Tagesprobleme hineingezogen. Aus diesem Chaos wuchs mit der kommunistischen Bewegung der Betriebsrat hervor.

Die deutsche Arbeiterbewegung entwickelte den gefunden Kern des Betriebsrätegedankens aber in anderer Richtung, als manche seiner Väter erhofft hatten.

Das Betriebsrätegesetz, trotz aller seiner Mängel, ist ein Ehrenmal der sich ihrer Ziele, ihrer Macht und der gegnerischen Kräfte bewußten Arbeiterbewegung. Es ist ein Stück Eindringen in die bis dahin dem Arbeiter völlig fremde Organisation der kapitalistischen Wirtschaft. Sicher hat das Betriebsrätegesetz reichliche Mängel. Sie zu beseitigen ist die Aufgabe der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien. Für den einzelnen Betriebsrat ist sein Aufgabebereich durch das Gesetz vorgeschrieben. Im Rahmen des Gesetzes ist er ein bedeutungsvoller Vorposten im Kampfe der breiten Massen, stellt er sich neben das Gesetz, das ihn geboren hat, dann handelt er, sagen wir höflich, reichlich unvorsichtig, denn er sät den Aß ab, auf dem er sitzt.

Die Kommunisten wollen dennoch immer wieder aus dem Betriebsrat eine eigene Einrichtung des Klassenkampfes machen. Der Betriebsrat ist ihnen ein Mittel zum politischen Kummel.

Man lese doch einmal mit einiger Ueberlegung, was die gestrige kommunistische Betriebsräteversammlung alles tun will. Sie ist für Selbsthilfe, sie möchte die Erhöhung der Löhne für alle Industrien einheitlich und zentral durchkämpfen, dabei sollen die Preise reguliert werden, die Produktion ist zu kontrollieren. Das gleiche soll mit der Verteilung aller Güter geschehen, und der Betriebsrat soll auch der Wohnungsnot steuern. Das ist für den Betriebsrat, der heute in jedem Unternehmen, zumal in größeren Betrieben, für seine Kollegen und Kolleginnen die unentbehrliche und meist überbelastete Hilfe in allen Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses ist, etwas reichlich.

Die Kommunisten meinen, dennoch sei ihr Programm leicht durchzuführen. Man bildet Kontrollausschüsse, diese regulieren die Preise, überwachen die Produktion und kontrollieren das ganze Wirtschaftsleben des Reiches. Sollte man es für möglich halten, daß sich ein Unfaim auch nur ein Duzend Anhänger zu gewinnen vermag?

Damit den Betriebsräten der Kopf völlig verdreht wird, ist weiter vorgeschlagen, daß sie das Bank- und Geschäftsgeheimnis durchbrechen sollen, daß sie in den Apparat der Stadtverwaltung und Länder einzudringen haben und daß sie die Beschlagnahme und Verteilung aller Lebensmittel, Kleidungsstücke, Textil- und Lederwaren, Kohlen und Wohnungen leisten sollen. Außerdem haben sie alles zu überwachen, was in die Städte auf der Eisenbahn heranrollt, die Luxusproduktion ist lahmzulegen, und die Luxusgaststätten sind von den Betriebsräten zu schließen.

Da die kommunistischen Berliner Betriebsräte — selbstverständlich — zur Tatkraft der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen kein Zutrauen haben, wurde — ein Ausschub von 15 Personen bestellt. Das soll wohl die Keimzelle der Kontrollausschüsse werden. Die fünfzehn Männchen haben innerhalb von vier Wochen einen Reichsbetriebsrätekongress einzuberufen, zu dem die Delegierten durch Urwahl aus den Betrieben selbst hervorgehen sollen.

In simples Deutsch überseht heißt das doch: Da die Gewerkschaftsinstanzen völlig versagt haben, greift die Arbeiter-schaft zur Selbsthilfe: sie wählt eine Instanz, bereitet einen Reichskongress von Instanzen vor, der durch allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl zustande zu kommen hat. Diese Oberinstanz, die „gegen den Willen der Instanzen einzuberufen ist“, wird dann, na, was wird sie schon? Sie wird ein Programm aufstellen. Und mit diesem Programm wird eine Ober-Oberinstanz des Reichskongresses zur Regierung gehen und die beschlossenen Forderungen mehr oder weniger höflich vorlegen. Oder meinen die kommunistischen Drahtzieher, daß die von ihnen gerufenen Betriebsräte nach dem Kongress wieder nach Hause fahren und die Beschlüsse, die sie zur Tagung gesandt haben, mit beschlossenen Resolutionen sattfüttern sollen? Oder meint man gar nichts, sondern lebt in der Hoffnung, daß verdrehte Köpfe am ehesten politisch wild werden?

Eines ist bei den Forderungen der Betriebsräte sicher richtig! Die deutschen Arbeiter leiden heute entsetzlicher als

je unter der Entwertung der Mark, dem Mangel aller Lebensmittel, kurz der Not ihrer sozialen Lage. Sie kämpfen unter dem Aufgebot all ihrer organisierten Kräfte gegen den Sturz in das volle Elend. Erfahrene Leute, die in jahrzehntelangem Kampf eine schwere Schulung durchgemacht und sich das Vertrauen der breiten Massen erworben haben, drängen überall unter dem natürlichen Schwergewicht und der Bedeutung der Massen, die hinter ihnen stehen, auf Abhilfe. Überall sind sie am Werke. Sie haben wohl vor den neubedenenden „Instanzen“ eines voraus: sie wissen in der Wirtschaft Befehd, sie kennen das Material, aus dem sie aufgebaut, sie kennen die Gegner. Wenn es nur darauf ankäme, radikale Forderungen zu stellen, sie schriftlich zu fixieren und sie im Bedarfsfall, sagen wir einmal, in ehrlichem Glauben an ihren Wert und ihre Kraft, in Versammlungen zu begründen, ja hinauszuschreien, wenn damit ihre Wirkung schon gewährleistet wäre — die kapitalistische Gesellschaft bestünde längst nicht mehr. Mit Reden und mit Resolutionen ist noch kein Wunderpreis, kein Syndikat und noch kein Gegner, der reale Macht hinter sich hatte, umgeworfen worden. Aber die Kommunisten haben ja das „Rezept“. Wir zitierten es oben schon.

Wie soll nun der Betriebsrat im ganzen Reich einheitlich und zentral die Löhne erhöhen? Er wird sich an seine Gewerkschaft wenden, ohne sie ist er ein politischer Hanswurst. Wie soll der Betriebsrat die Preise regulieren, wie wurden sie im sowjetländischen Rußland reguliert? Soweit wir uns erinnern können, machte man dort zu diesem Zweck Gesetze, mit dem allerdings bedauerlichen Erfolg, daß sie auf dem Papier stehen blieben. In Deutschland haben wir bisher immer noch Gesetze gemacht, die einigermassen zur Geltung gekommen sind. Das ist der bescheidene Unterschied. Und nun die Kernfrage? Wie soll der Betriebsrat die Produktion kontrollieren? Soll er etwas kontrollieren, was er nicht versteht? Oder versteht er es heute schon, die Produktion zu kontrollieren?

Es mag so eindeutig wie möglich ausgesprochen werden: Der Betriebsrat hat bisher in der kurzen Zeit seiner Existenz sehr viel gelernt. Er hat es verstanden, die Interessen seiner Kollegen zu vertreten. Viele Betriebsräte haben auch schon einen wertvollen Einblick in die Produktion bekommen, den sie vorher nicht hatten. In diesem Gewinn ändert auch der Umstand nichts, daß so mancher Betriebsrat, der in der Belegschaftsverammlung sabelhafte Reden zu halten vermochte, durch eine gewöhnliche Unternehmerzigarre oder durch eine Marl Extrazugabe plötzlich allerlei Einsichten und mancherlei Verständnis für kapitalistische Produktion bekommen hat. Der Betriebsrat ist dennoch für die Arbeiterbewegung ein ungeheurer Gewinn, der in seiner Auswirkung nicht leicht überschätzt werden kann, weil er mit beiden Füßen in der Wirklichkeit, im lebendigen Körper der Wirtschaft steht. Jeder Betriebsrat, der das erkannt hat, wird es weit von sich weisen, von morgen ab gezwungen zu sein, die „Produktion zu kontrollieren“. Wer nicht aus eigenem zu dieser Erkenntnis gekommen ist, hat am russischen Beispiel gesehen, daß die Kontrolle der Produktion nicht so einfach ist. Dort ist die Sowjetregierung selbst zum verruchten kapitalistischen System der hochbezahlten Direktoren und Organisatoren zurückgekehrt. Die deutschen Arbeiter wollen diese Umwege nicht mitmachen. Deswegen, so hoffen wir, werden sie in ihrer überwältigenden Mehrheit den kommunistischen Betriebsratelärm als das sehen, was er wirklich ist: als einen Versuch, an der flammenden Not des Proletariats ein übles kommunistisches Parteifuppchen zu kochen.

Der Betriebsrat ist ein Glied der deutschen Arbeiterbewegung. In ihr hat er bedeutende Funktionen. Mit ihr wird er auch in Zukunft etwas sein, ohne sie ist er haltlos, bedeutungslos und für den Kapitalismus eine lächerliche Vogelscheuche, die von Gnaden der Unternehmer lebt.

Leuerungstrawalle in Braunschweig. In Braunschweig kam es nach Meldung der II. im Anschluß an eine von den freien Gewerkschaften veranstaltete Leuerungsdemonstration zu Ausschreitungen in und vor der Markthalle, die geschossen werden mußte. Die Polizei verhinderte Plünderungen.

Unser Kaiser.

Der leutselige Prinz.

Als Wilhelm II. noch ein kleiner Prinz war, ging er oft mit seiner Wärterin in den königlichen Gärten von Potsdam spazieren. Eines Tages nahm das scharfe Adlerauge des zukünftigen Monarchen einen alten Gärtner wahr, der vor einem Beete kniete und Tulpenzwiebeln in die Erde legte. August Plüddede, so hieß der biedere Greis, hatte über das Gesicht ein großes graues Wolltuch gebunden, dessen Zipfel wie ein paar Ohren von seinem Kopf abhingen. So gleich rief sich der Prinz von der Hand der Wärterin los, lief auf den Gärtner zu, deutete auf das Tuch und fragte: „Hadd du Wehwechen?“ Als wäre er vom Blitz berührt, sprang der alte Mann in die Höhe, schlug die Enden seiner Holzpantoffeln mit lautem Klappen zusammen, denn er hatte in Neuruppin bei den Vierundzwanzigern gedient, und antwortete mit bebender Stimme: „Zu Befehl, Königliche Hoheit, Jahnreihen! Aber jetzt ist es auf einmal vorbei!“ Noch ein leuchtender Strahl aus dem hellen Auge des höfenzöllnerischen Hofgärtners, dann sprang der Prinz frohlich wieder von dannen, begleitet von den heißen Segenswünschen des treuen Untertans.

August Plüddede aber wurde von der Zeit an nie mehr von Zahnschmerzen geplagt und blieb königstreu bis an sein seliges Ende.

Der Kaiser und seine Kompagnie.

Diese Geschichte ist ausführlich erzählt in dem Nicolaischen Lesebuch für Berliner Gemeindeschulen, gedruckt 1920 (Neunzehnhundertzwanzig, im dritten Jahre der deutschen Republik). Sie beginnt mit den Worten: „Die große Leutseligkeit unseres Kaisers, durch die er sich im Fluge die Herzen seiner Untertanen (1920!) eroberte, ist bekannt.“ Dafür ist der lebende Beweis Wilhelm Tabbert. „Wilhelm Tabbert, ein biederer Pommer, kommt mit einem Geschäftswagen die Königsgräber Straße in Berlin entlang. Nüchlich wird er von hinten angeredet: „Guten Tag, Tabbert! Was machen Sie?“ Eine Wendung Tabberts — und er erblickt seinen früheren Kompagniechef, den Prinzen Wilhelm, der ihn im dichtesten Straßengewühl erkannt hat. Wie leuchteten da Tabberts blaue Augen! Sieben Jahre später wiederholt sich der Fall. Tabbert sitzt als Zuschauer auf einem Bierwagen. „Ein Blick des (damaligen) Kronprinzen genügt: Tabbert ist erkannt.“ Sofort winkt er ihn zu sich und reicht ihm vom Pferde herab die Hand.“ — Dann bei der Silberhochzeit Wilhelms II., als die Kaiserkompagnie im Schlosshof antritt, ist natürlich Wilhelm Tabbert ebenfalls zur Stelle, wird erkannt und durch besondere kaiserliche Huld ausgezeichnet. Die Erzählung endet in dem Lesebuch für unsere jungen

Säuberung der Reichswehr —

— von Republikanern!

Im Reichswehrregiment Nr. 18 (Baderborn), dessen Durcheinander durch Kessel mit klingender Musik am Tage nach der Befreiung Kathenaus seinerzeit den Protest aller drei Koalitionsparteien hervorrief, fühlten sich eine Anzahl republikanisch gesinnter Soldaten durch das monarchistische Treiben ihrer Vorgesetzten bedrückt. Sie verfaßten eine Beschwerdeschrift, die etwa 60 von ihnen unterzeichneten und die folgende Punkte betraf:

Am 27. Januar 1922 wurde in der Sonne bei Baderborn des früheren Kaisers Wilhelm II. Geburtstag gefeiert. Hierbei nahm Teil u. a. Feldwebel Risse von der ersten Kompagnie. Beim Verlauf der Feier

ließ genannter Feldwebel die Monarchie hochleben.

Die Oberschützen B. und R. (Namen im Original ausgeschrieben. Red.), welche zufällig anwesend waren, weigeren sich, in den Ruf mitauszubringen, worauf Feldwebel Risse gegen die beiden lässig vorgehen wollte. Erst als Risse aus dem Lokal entfernt war, trat Ruhe ein. Ferner trägt Risse noch heute auf der Ausgeheweise den schwarzwelshroten Adler, ebenso die Herren Hauptmann Walter, Leutnant Stein, sowie die Oberschützen Bamba, Gertner, Kröger, Ulrich, Harimann und Funke der ersten, Oberschütze Schlegel und Roth der vierten und Schütze Reinicke der dreizehnten Kompagnie. Wir können es nicht verstehen, daß dieses trotz des Verbotes möglich ist.

Feldwebel Risse hat auf seiner Stube das Bild des Kaisers hängen, darunter das Bild des Reichspräsidenten Ebert in der Badehose, das er sich irgendwo ausgeschnitten hat. Nach unseren Anschauungen bedeutet dies eine direkte Verhöhnung des Herrn Reichspräsidenten.

Wie ist es fernerhin möglich, daß noch auf verschiedenen Stuben schwarzweihrote Fahnen und Kaiserbilder hängen? Es ist doch unmöglich, daß der Herr Kompagniechef diese Zeichen monarchistischer Gesinnung noch nicht gesehen hat, da die Kompagnieoffiziere doch öfters kontrolliert werden.

Ebenso findet man im Kameradschaftsheim nur rechtsstehende Zeitungen, die die Maßnahmen der Regierung ins Lächerliche ziehen. So lag z. B. die Nummer des „Kadde-radatsch“ vom 6. August 1922 aus, in der fast jedes Bild eine Beispöttelung und Verhöhnung der Regierung ist. Statt daß diese Zeitungen verboten und dafür Blätter mit einwandfreien Artikeln beschafft würden, unterstützt diese Sache auch noch der Herr Bataillonskommandeur, Herr Oberstleutnant Hahn, indem der Herr Oberstleutnant die Zeitungen noch selbst beschafft.

Wir finden es fernerhin unvereinbar mit dem Treuschwur auf die Republik, daß

bei der Einweihung des Unteroffizierskasinos das Lied „Hell die im Siegerkranz“

gesungen wurde. Als vor einiger Zeit die erste Kompagnie vom Boden zur Kasernen zurückkehrte, stimmten die Oberschützen Gertner, Bamba und Funke das Lied „Stolz weht die Flagge schwarzweihrot“ an. Einige Leute, die sich das verboten, erhielten zur Antwort:

„Hier marschieren die Reaktion,

wenn wir erst soweit sind, treten wir mit Füßen“. Was damit gemeint ist, steht außer allem Zweifel. Erst heute wieder trug Oberschütze Gertner auf seiner Dienstmütze den schwarzrothgoldenen Adler umgekehrt. Auf die Frage, was das bedeute, gab Gertner zur Antwort:

„Wir stürzen die Republik“.

Die monarchistischen Elemente scheinen starke Rückendeckung zu haben, denn sonst würden sie sich nicht so offen zeigen. Jüngere Kameraden, deren Charakter noch nicht so gefestigt ist, werden dadurch nur geschädigt und wankelmütig, zum Nachteil der Republik.

Der Erfolg war ein außerordentlicher. Der Hauptmann Schienemann von der 1. Kompagnie ließ die Leute, die das Schreiben unterschrieben hatten, in seiner Gegenwart vernehmen. Der Gefreite Schulze wurde von ihm gefragt, ob er das Schreiben geschrieben habe; hierauf antwortete Schulze als ehrlicher Mensch mit ja; darauf wurde er sofort festgenommen und in Arrest geführt, wo er heute nach fast acht Tagen noch sitzt. Das Regiment hat den Befreiten Schulze der Staatsanwaltschaft übergeben wollen, diese

Republikaner: „Tabbert lebt heute als angesehenes Hausbesitzer und Gastwirt in Weihensee.“

Aber der eigentliche Schluß fehlt noch, darum sei er hier nachgetragen.

Es war in der Novembernacht 1918, da Wilhelm sich anschickte, von Belgien nach Holland zu verreisen. Von einem plötzlichen Darmleiden gepackt, fürzte er aus seinem Zimmer und einen dunklen Gang entlang. Da stieß er plötzlich gegen einen alten Kriegsfreiwilligen, der vor den kaiserlichen Gemächern Wache stand. Und obgleich es so dunkel war, daß man die Hand vor den Augen nicht sah, erkannte der Monarch doch auf der Stelle Wilhelm Tabbert, redete ihn bei seinem Namen an und trug ihm auf, Berlin zu grüßen. Mit schluchzender Stimme und Tränen in den blauen Augen antwortete der biedere Pommer: „Auf baldiges Wiedersehen, Majestät!“

Jetzt wohnt Wilhelm Tabbert wieder in Weihensee, hat noch zwölf Häuser mehr und eine Altkörfabrik mit starkem Export und ist Vorsitzender der deutschnationalen Ortsgruppe.

Als Beiträge für das neue Volksschullebuch geliefert von Th. A. O. Quarteuschen.

Der heißeste Fleck der Erde. Die höchste Temperatur, die auf der Erde überhaupt gefunden wird, findet auf einer dem tiefliegenden Ebene in Kalifornien, die das Todestal genannt wird. Dieser heißeste Fleck der Erde, der etwa 20 Kilometer breit und 250 Kilometer lang ist, hat nach der Schilderung in einem New Yorker Blatt eine Höchsttemperatur von 160 Grad Fahrenheit, jedoch auch um Mitternacht noch zeigt das Thermometer 120 Grad Hitze. Die Erde wird hier im Sommer unter der Einwirkung der Sonnenstrahlen so heiß, daß man sich die Hand verbrennt, wenn man einen auf dem Boden liegenden Stein oder ein Stück Eisen berührt. Aus diesem Gebiet erhalt die Welt die größte Menge Borax. Bis vor kurzem mußte dieses wertvolle Salz durch besonders erbaute Lokomotiven zu der etwa 300 Kilometer entfernten nächsten Eisenbahnstation gebracht werden. Das Gewinnen des Borax und der Transport gehören zu den schwierigsten Arbeiten. Man hat Wagnisführer tot ausgegeben, die noch eine Fische mit Wasser in der Hand hielten. In wenigen Stunden wird das Wasser, das in Gefäßen mitgeführt wird, so stark erhitzt, daß es zum Sieden kommt. Die Ingenieure haben nun ein erstaunliches Stück Arbeit geleistet, indem sie dieses Tal des Todes und der Hölle durch eine Eisenbahn mit der Lukenwelt verbunden. Dazu bedurfte es der Anlage von Eisenbahnviadukten, die viele Kilometer lang sind und aus starken Balken gezimmert wurden. Der furchtbarste Feind bei diesen Arbeiten war die erbarmungslose Sonne. Man kann sich von ihrer Einwirkung eine ungefähre Vorstellung machen, wenn man hört, daß ein Schreibisch, der für einen Ingenieur hingestellt wurde, durch die Einwirkung der Hitze in wenigen Tagen in Stücke zerfiel. Durch die Eisenbahn ist die Boraxgewinnung sehr erleichtert, sie erfolgt in einem Ausmaß von drei Millionen Tonnen jährlich.

lehnte jedoch ab, weil sie keinen Grund hierfür fand; trotzdem wurde Schulze in Arrest gehalten. Die übrigen Soldaten, die unterschrieben hatten, wurden mit Zuchthaus und Degradierung bedroht.

Herr Reichswehrminister Geßler, der sich über „Augenpropaganda gegen die Reichswehr“ beschwert, nimmt vielleicht diesen Fall zur Kenntnis. Er sieht daraus, wie gut es Republikaner in seiner Reichswehr haben!

Staatsbürgerliche Erziehung!

In einem Erlaß, den das thüringische Ministerium für Volksbildung an die thüringische Lehrerschaft richtet, heißt es:

Der Staat fordert von der Lehrerschaft die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend im Geiste der Republik. Die neue republikanische Schule erfordert ein neues republikanisches Lehrergeschlecht. Die Republik wird rückwärts los einmarschieren gegen die, die ihr Amt zu monarchistischer und antirepublikanischer Beeinflussung der Jugend missbrauchen. Künftig wird kein Schulaufsichtsratsmitglied ernannt und kein Schulleiter befristet werden können, der nicht die unbedingte Gewähr dafür bietet, daß er als überzeugter Republikaner dazu imstande ist, postlimo im Sinne des republikanischen Staatsgedankens innerhalb der Schule zu wirken. Schulaufsichtsratsmitglieder und Schulleiter, die diese Gewähr nicht bieten, wird die Weiterausübung ihrer Schulaufsichts- und Schulleiterämter entzogen werden müssen. Es handelt sich um den Ausbau unserer Schule zu einer Schule der Republik, der Freiheit, der Selbstverantwortlichkeit, der Völkerverehrung, der reinen Menschlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit.

Ferner ordnet der Erlaß an, daß die Bilder sämtlicher Monarchen, Heerführer usw. sowie sämtliche Symbole der Monarchie aus den Schulräumen zu entfernen sind. — Zur Nachahmung den anderen Ländern empfohlen! Thüringen ist freilich ein Land mit sozialistischer Mehrheit und Regierung.

Die anhaltinische Staatsregierung hat einen Vortrag des Berliner Hochprofessors Dr. Koethe, den die Deutschnationalen Partei in Dessau angekündigt hatte, auf Grund § 14 des Reichsgesetzes zum Schutz der Republik verboten. Das Verbot wird damit begründet, daß Professor Koethe in Dessau als ein Redner bekannt ist, der bei seinen Reden in schwerster Weise den inneren Frieden gefährdet, die republikanische Staatsform beschimpft und die Mitglieder und Einrichtungen der republikanischen Regierungen beschimpft und verleumdet. Er hat in einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Dessau am 19. April 1921 von einer „christlichen Nationalversammlung“, von einem „deutschen Halunkenparlament“ gesprochen und ferner in unmittelbarem Anschluß an die demokratische Verfassung gesagt, die Novemberdemokratie, die auch anders konnten, seien keine Deutschen, wer die Massen nicht verachte, werde sie nicht beherrschen“. Er hat ferner von der Regierung gesagt, sie könne keine Verantwortung, das preußische Erbgelände in der Regierung sei geschwunden usw. Hiernach liegen bestimmte Tatsachen vor, die vermuten lassen, zumal die Deutschnationalen Partei seinerzeit diese schwersten Verleumdungen nicht nur gebilligt, sondern besonders gelobt hat, daß auch in der neuen Versammlung der gleichen Partei mit dem gleichen Redner das gleiche geschieht.

Rähne in Freiheit!

Wie erinnerlich, hatte in der Sache Rähne die Potsdamer Strafkammer einer Beschwerde des Verteidigers stattgegeben und die Haftentlassung des Herrn v. Rähne aus dem Potsdamer Untersuchungsgefängnis verfügt, wogegen wiederum die Potsdamer Oberstaatsanwaltschaft Beschwerde beim Kammergericht eingeleitet hatte. Nunmehr hat das Kammergericht als letzte Instanz die Beschwerde des Potsdamer Oberstaatsanwalts als unbegründet zurückerwiesen. Rähne bleibt also auf freiem Fuß. Auch sein ehemaliger Förster Vaher ist inzwischen aus der Haft entlassen worden. Im übrigen nimmt die Untersuchung in der Totschlagsaffäre Boase ihren Fortgang — — — und die Schieberei auf Pehow natürlich auch!

Kein Alkoholverbot in Schweden. Bei der Volksabstimmung über ein Alkoholverbot waren 897 521 Stimmen dafür und 937 423 Stimmen dagegen. In den Städten wurden 200 886 Stimmen für und 405 460 Stimmen gegen, auf dem Lande 696 635 Stimmen für und 531 943 Stimmen gegen ein Verbot abgegeben.

Die Kindererlämung. Aus Marburg (Bahn) wird geschrieben: Seit einiger Zeit ist hier in der Umgebung die spinale Kinderlähmung epidemisch geworden. In 50 Fällen sind bereits zu verzeichnen. Die Schulen sind geschlossen, die Kindergottesdienste eingestellt, und die Behörden warnen Leute, in deren Familien diese Krankheit ausbricht, Kinost, Versammlungen usw. zu besuchen, um die Krankheitskeime nicht zu übertragen. Die Ansteckungsgefahr ist sehr groß. Auch Erwachsene sind schon betroffen. Der Erreger ist noch unbekannt. Mit Vorliebe werden von der Krankheit Kinder im Alter von 2 bis 4 Jahren befallen. Sie zeigen keinen Appetit, sind außergewöhnlich reizbar und lächeln bei der geringsten Berührung. Im Anschluß an große Schweißabsonderungen bei 30 und 40 Grad Fieber treten dann für diese Krankheit besonders charakteristische Zähmungen ein. Erstmals ist die spinale Kindererlämung im Jahre 1906 aufgetreten und hat namentlich in Hessen-Rassau Opfer gefordert. Zur gleichen Zeit wurde sie auch aus Amerika gemeldet. Sie ertösch dann, um jetzt wieder zu erscheinen. Man hofft, daß die Isolierungen der Erkrankten ein Weitergreifen verhindern.

In einer japanischen Goldfischfarm. In Japan gibt es Beschäftigungen und Berufe, die den Bewohnern anderer Länder höchst merkwürdig und ungewöhnlich erscheinen. Dazu gehört das Züchten von Goldfischen, das in der Umgegend von Tokio vielfach und mit gutem Erfolg betrieben wird. Ein Besuch auf einer solchen Goldfischfarm wird in einem Londoner Blatt geschildert. „In drei Weibern wimmelte es von Goldfischen, deren Zahl der alte Züchter auf 80 000 angab.“ schreibt es. „Die Ufer der Teiche waren dicht mit Iris bewachsen, die sich bis zur Taikendhöhe erhoben und in allen Farben glänzten, vom dunkelsten Purpur bis zum zartesten Rosa. Dahinter dehnte sich dann das junge Grün der weiten Reisfelder. Aber das Lustigste auf dieser Goldfischfarm war das Häuschen des Züchters, klein und zierlich wie ein Spielzeug, in bunten Farben schillernd, innen von einem präziösen Holz, der unwirklich an die Goldfische gemahnte, wie wenn der Gesinnod des Bewohners von seinem Beruf beeinflusst wäre. Im Mittelpunkt der ganzen Anlage befand sich ein Wasserquell, dessen Strömung durch die Röhre geführt worden war und vermöge einer geschickten Wasserleitung an den Fischteichen endigte. Allerlei bunte Steine waren in diesem kleinen Strom angebracht und verliehen ihm ein phantastisches Ansehen, und er hatte den profanischen Zweck, daß in ihn einige Goldfische zur Beobachtung und zur Beurteilung des Wachstums gebracht werden konnten. Auf Grund einer feinen Kenntnis der Lebensgewohnheiten des Goldfisches werden hier die Tiere im großen gezüchtet, und wenn sie ausgewachsen sind, dann werden sie nach Tokio gebracht und an die Goldfischhändler abgegeben, die mit ihren Wasserbehältern durch die Straßen rennen, indem sie die Gefäße an den Enden einer langen Stange auf den Schultern balancieren. Sie rufen mit lauter Stimme die niedlichen Infassen ihrer Gefäße aus und preisen wohl auch eine besondere Züchtung an.“

Junkerspott über Arbeiterpolitik.

Die „Kreuzzeitung“ wendet einen Leitartikel auf, um die Anträge zum sozialdemokratischen Parteitag ins Lächerliche zu ziehen. Ein Hanswurst aus Oberlöhlich i. S. reißt im Jahrmärktbudenstil zu den Anträgen „Wiße“. Für das geistige Niveau des Arbeitsblattes mögen folgende Proben dienen. Zu dem Vorschlag des Parteivorstandes, den Mitgliedsbeitrag auf mindestens 3 M. wöchentlich festzusetzen, wird bemerkt:

Wieviel Wochen Arbeitsniederlegung, Strafenunruhen und sonstige politische Kampfmittel wären wohl das „Gebot der Stunde“, um einer Regierung, die den Arbeitern solche Summen als direkte Steuern abknöpfen wollte, ihre Blutsaugerpolitik abzugewöhnen!

Zu einem Antrag Hamburgs auf Abschaffung aller Titel aus den wilhelminischen Zeiten: „Was wird Eggellenz Scheidemann dazu sagen.“ (Weder Genosse Scheidemann noch sonst ein sozialdemokratischer Minister hat je den Titel Eggellenz angenommen.) Zu einem Antrag der Ortsgruppe Heinrichswalde auf Beseitigung der monarchistischen Domänenpächter: „Die republikanische Gesinnung wird dem Wachstum der Früchte förderlich sein.“ Zu einem Antrag Hamburg, Mittel bereitzustellen, die Angehörigen der werktätigen Bevölkerung das Rechtsstudium ermöglichen: „Warum das Rechtsstudium? Wenn die Valenrichter (!) der organisierten Arbeiterschaft angehören, so ist der Befähigungsnachweis erbracht.“ Zu einem Antrag Waidenburg, die Immunität auf die Gemeindebehörden auszubehnen: „Fahrtkarten 1. Klasse sollten den 20 000 bis 30 000 Gemeindebeigeordneten auch zubilligt werden; das spielt doch bei den Ueberschüssen der Reichseisenbahn keine Rolle.“

In dieser Tonart geht es spaltenlang. Es ist ganz gut, wenn die Arbeiter auf diese Weise einmal erfahren, wieviel Verständnis für ihre Gedanken in den Köpfen der Hochwohlgeborenen vorhanden ist, die „nichts gelernt und nichts vergessen“ haben.

Italiens Hilfe.

Rom, 31. August. (ÖP.) Der italienische Schatzminister Paratore hat nach einer längeren Besprechung mit Facta die Verhandlungen mit Schuller abgeschlossen. Im Verein mit den alliierten Regierungen schließt sich die italienische Regierung an zur Ausführung eines Planes für die wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung Österreichs. Dem Schatzminister wurde bereits die Erlaubnis erteilt, die Auszahlung des Kredits von 70 Millionen Lire vorzuschließen.

Massenverhaftungen in Petersburg.

Auf Befehl der politischen Staatsverwaltung (der Nachfolgerin der „Tscheka“) wurden unter den Petersburger Arbeitern und Eisenbahnern zahlreiche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen. Die Ursache sind die fortgesetzten Unruhen, die infolge der Einschränkung der Produktion und der Entlassungen in den Betrieben stattfinden. Die Verhafteten werden gruppenweise aus Petersburg nach entfernten Verbannungsorten deportiert.

Vor kurzem brachten die beiden Petersburger Blätter „Pravda“ und die „Krasnaja Gazetija“ eine Mitteilung über einen großen Brand im Petersburger Hofen. Da nachträglich von dem Petersburger Sowjet festgestellt wurde, daß diese Meldung nicht den Tatsachen entspricht, wird es die beiden kommunistischen Blätter wegen Verbreitung unwahrer Meldungen vor das Revolutionstribunal ziehen. Es ist das erstmalig seit der Oktoberrevolution, daß sich bolschewistische Blätter vor Gericht zu verantworten haben werden.

Im Bezirk Lyon haben sogar die Kommunisten gegen das Todesurteil wider die Sozialrevolutionäre protestiert.

Turkestan unabhängig!

Paris, 31. August. (WZ.) Havas meldet aus Buchara Einzelheiten über die Vorgänge in Zentralasien. Danach wurde Enver Pascha, der den Oberbefehl über die ausländischen Truppen übernommen hatte, im Mai dieses Jahres von den Deputierten zum Emir von Buchara ernannt. Infolge seiner Popularität gelang es ihm, den Anschluß der gesamten Bevölkerung an die nationale Regierung zustande zu bringen. Nach den letzten Wahlen schloß sich ein anderer revolutionärer Führer, der Fürst Schir Mohammed Beg, mit einer Armee von 80 000 Mann Enver Pascha an, dessen Heer nunmehr 150 000 wohl ausgerüstete und bemannete Leute umfaßt. Nachdem Sowjetrußland infolge eines Ultimatus Enver Paschas die Unabhängigkeit des neuen Staates anerkannt hat, wird nunmehr die Grenze des unabhängigen Turkestan gebildet durch Chinesisch-Turkestan im Osten, Afghanistan und Persien im Süden, die russischen Provinzen am Kaspischen Meer im Westen; im Norden verläuft die Grenze parallel mit dem Kaspischen Meer und umfaßt u. a. die Städte Buchara und Samarkand.

Mit dieser Meldung sind allerdings die Nachrichten unvereinbar, wonach Moskaus Heere Enver Pascha besiegt hätten.

Der verprügelte General. Eine Lannenbergfeler in Zwenkau bei Leipzig, als deren Redner General v. Francois vorgelesen war, wurde von der erregten Arbeiterschaft verhöhnt. Der General wurde ausgepöbelt, die Versammlung mußte geschlossen werden. Bedauerlicherweise wurde nachdem der General beim Verlassen des Saales von einer Anzahl Personen überfallen und verprügelt. — Wenn wir es auch verstehen, daß die Arbeiterschaft sich gegen provozierende nationalstatische Feiern zur Wehr setzt, so sollten doch derartige Exzesse dabei durchaus vermieden werden.

Devisenkurse.

Die amtliche Kurstabelle gibt an, wieviel Mark man aufwenden muß, um die in der ersten Spalte genannte Einheit der auf das bezeichnete Land lautenden Währung zu erwerben.

	31. August		30. August	
	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs
100 holländische Gulden	68414.85	68585.65	60424.35	60575.65
1 argentinischer Papier-Peso	684.20	685.80	554.80	555.70
100 belgische Franc	12534.30	12565.70	11385.75	11414.25
100 norwegische Kronen	29863.25	29436.75	26767.75	25832.25
100 dänische Kronen	37453.10	37456.90	32459.35	32540.65
100 schwedische Kronen	46342.—	46458.—	38950.—	40050.—
100 finnische Mark	3695.35	3704.65	3295.85	3304.15
1 japanischer Yen	—	—	739.05	740.95
100 italienische Lire	7440.65	7459.35	6541.40	6558.60
1 Pfund Sterling	7840.15	7859.85	6916.80	6933.70
1 Dollar	1722.84	1727.16	1548.00	1551.94
100 französische Franc	13183.50	13216.50	11085.—	12015.—
1 brasilianischer Milreis	—	—	739.05	740.95
100 Schweizer Franc	32558.85	32941.15	29612.00	29987.10
100 spanische Pesetas	20766.80	20833.20	24119.80	24180.20
100 österr. Kronen (abgefl.)	2.037.	2.091.	1.98	2.02
100 russische Kronen	6067.75	5782.25	5093.00	5106.40
100 ungarische Kronen	76.90	77.10	74.00	75.10
100 bulgarische Leva	988.75	991.25	848.90	851.10

Die fehlenden Buttergramme.

Naturbutter ist heute für die weitesten Volksschichten ein Luxusartikel. Will einer aber doch — so um den Ersten herum — wissen, wie eigentlich gute Butter schmeckt, so kauft er kein beschaffenheitlich ein achtel Pfund gleich 62½ Gramm. Daß sogar bei dieser äußerst minimalen Menge einzelne Buttergeschäfte es fertig bringen, einen Kleinwüchzigen — sagen wir „Schmu“ — auszuliefern, beweist das folgende:

Unser Gewährsmann geht in ein Buttergeschäft und verlangt ein achtel Pfund Butter, erhält aber nur 60 Gramm „brutto für netto Kassa“, Differenz 2½ Gramm. Auf den Hinweis, daß das doch eigentlich nicht angängig sei, erhält er die lakonische Antwort, daß er sich doch nicht in einer Apotheke befände. Ein Zweigrammgewicht sei nicht vorhanden, während andere Geschäfte meinen, daß 60 Gramm für ein achtel Pfund „handelsüblich“ wären. Was bei diesem lieben handelsüblichen Brauch verdient wird, soll ein Beispiel beweisen: Kostet die Butter 240 M. (heute steht sie im Preise schon höher) und es werden nur geringe Mengen, z. B. ein achtel Pfund, verlangt, so verdient der Butterhändler jedesmal am achtel Pfund 1,10 M. oder pro Pfund 8,80 M. über Gebühr, denn der Käufer erhält ja nur 60 Gramm statt 62½ Gramm. Wo geringe Mengen gekauft werden, ergibt sich ein ganz netter Nebenverdienst. Eine Beschworde bei der Handelskammer hatte das Ergebnis, daß man mitteilte, die Handelskammer habe zur Frage, ob 60 oder 62½ Gramm bei Erfordern eines achtel Pfund Butter das richtige sei, „noch nicht Stellung genommen“. Im Fachauschuß für Nahrungs- und Genussmittel war die Auffassung vorhanden, daß es zwar üblich sei, auf Erfordern von ein achtel Pfund 60 Gramm zu verabfolgen. Man solle in Zukunft eben nur noch — ein Zehntel Pfund kaufen.

Das ist nun also der einzige Ausweg. Die Hausfrauen haben es nun in der Hand, ob sie den Butterhändlern 16 Gramm schenken wollen oder nicht. Wenn sie nicht wollen, so müssen sie dem Rat der Handelskammer folgen.

Eingewickelt!

Das werden heute wir alle. Zehnmal und noch öfter an einem Tage. Jeder, der etwas zu verkaufen hat, wickelt uns ein wie die Butter, die Wurst oder den Hering. In Menschen dazu fehlt es nicht, wohl aber an Einwickelpapier. Alle Zeitungen von laubterer Beschaffenheit stehen hoch im Preise. Das Rio wird schon mit 15 bis 20 M. bezahlt. Schlächter, Gemüße, und Obsthändler reißen sich um solches Papier. Wer also seine Zeitung gut ausbeut, kann damit ein Geschäft machen. Jeder Leser erhält monatlich zwei Rio Papier, die dem Verlage 150 M. kosten, aber dem Leser 30 bis 40 M. wieder einbringen. Um diese Summe verringert sich, wenn man die gelefenen Zeitungen sammelt und als Einwickelpapier verkauft, das monatliche Bezugsgehalt.

Der Nachtverkehr der Straßenbahn.

Unter dem Vorsitz des Stadtbaurats Dr. Adler fand Mittwoch im Verwaltungsgebäude der Straßenbahn eine Konferenz statt, die sich mit der Frage der Ausgestaltung des Berliner Straßenbahnverkehrs und der weiteren Verbesserung der Verkehrsverbindungen beschäftigte.

Es wurde eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt, und zwar soll in erster Linie der Abend- und Nachtverkehr auf der Straßenbahn so ausgedehnt werden, daß auf den wichtigsten Linien die letzten Wagen das Stadttinnere etwa um 1 Uhr 45 Min. nachts nach den Außenbezirken zu verlassen. Auf diese Weise wird es möglich sein, den wachsenden Ansprüchen an den Abendverkehr zu genügen und namentlich auch für alle Berliner Fernbahnhöfe Straßenbahnanschlüsse an die letzten, nach Mitternacht eintreffenden Fernzüge zu gewährleisten. Diese Verbesserung dürfte bereits im Laufe der nächsten Woche eintreten. Daneben wird der Schaffung besserer Verbindungen zwischen den verschiedenen Bahnhöfen größte Aufmerksamkeit geschenkt. Im Laufe der nächsten sechs Wochen sollen dann ferner, den zahlreichen Wünschen einer Reihe von Bezirksämtern und der Bevölkerung in den Außenbezirken folgend, wichtige Verkehrsverbesserungen durch Ausbau bestehender und Schaffung neuer Linien erfolgen. Unter anderem ist beabsichtigt, von Stralau, das jetzt nur eine halbtägige Verbindung mit dem Alexanderplatz hat, eine vierteltägige Verbindung mit dem Leipziger Platz und dem Westen zu schaffen und damit einem alten Wunsch der Stralauer Bevölkerung entgegenzukommen. Ferner will man die Linie 60, die in der Bergstraße in Steglitz endet, bis zur Mariendorfer Straße am Steglitzer Stadtpark weiterführen. Ebenso soll die Linie 80 über ihren jetzigen Endpunkt am Strahlenbahnhof Westend hinaus bis zur Kirchenallee in Westend weitergeführt werden. Die näheren Einzelheiten über diese und noch weitere Verkehrsverbesserungen werden in der nächsten Zeit bekanntgegeben werden.

Tuberkulose-Fonds für lungenkranke Kinder.

Der Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands erläßt folgenden Aufruf:

Eine der verbreitetsten Krankheiten ist die Tuberkulose, von der alle Schichten des Volkes in gleicher Weise befallen werden. Infolge der Unterernährung und der Not, welcher das Volk während des Krieges ausgesetzt war und auch noch heute ist, greift die Tuberkulose (genannt: die weiße Seuche) immer mehr um sich. Ciend und krank wächst unsere Jugend heran! Um nun die tranken Kinder in eine Heilstätte verschicken zu können oder im Sommer aufs Land, damit die kommende Generation wieder zu kräftigen und gesunden Menschen heranwachsen kann, fehlen uns die Mittel, um dies durchzuführen zu können. Die Ärztschaft sowie auch wir sehen mit Schrecken das immer größer werdende Ciend. Wir allein sind nicht in der Lage, wirklich durchgreifend dem entgegenzutreten zu können, dazu bedarf es der Mithilfe aller. Darum richten wir an alle die bringende Bitte, mitzuhelfen an der Bekämpfung der Tuberkulose durch Ueberendung der notwendigen Geldmittel. Es geht um das Glück unserer geliebten Kinder und Kindeskinde. Gelingt es nicht, dem Würgeengel Tuberkulose Halt zu gebieten, verstimmt unser ganzes Volk in den Abgrund. Darum öffnet Hände und Herzen! Gebt Sonne denen, die frieren! Sonne an warmer, immer wieder dunkler Nächstenliebe! Schwer genug ist die Arbeit. Jahrzehnte mühevoller Tuberkulosebekämpfung waren vergeblich. Darum wollen wir — das Volk selbst — dazu beitragen, um die Tuberkulose zu hemmen! Darum dürfen wir nicht verzagen, sondern müssen fest zusammenstehen. Höchste Pflicht sei uns die Liebe und Sorge für unsere Jugend und Volksgenossen. Volk in Not, Welt vorm Tod! Denkt an eure Kinder und Tuberkulose!

Alle Gaben sind an unseren 1. Kassierer unter Postcheckkonto Nr. 84 108, Max Conrad, Berlin N. 39, Poststr. 3, o. 1 Tr., mit dem Kennwort „Tuberkulosefonds“ einzusenden.

Part-Vandalen.

Im Treptower Park sind in der Nacht zum 13. August 14 Bänke, 16 an der großen Spielwiese und 4 an der Spree, mit dem massiven Füßen aus dem Boden gerissen und umgestürzt worden. Von dem Material wurde nichts gestohlen. Technische Feststellungen sind im Laufe des Sommers wiederholt vorgekommen. Offenbar handelt es sich um Nachtakte jener Elemente, die wegen ihres standalösen Treibens so oft aus dem Park verjagt werden mußten. Die Reparatur der 14 Bänke hat 2650 M. gekostet. Bürgermeister Granow vom 15. Verwaltungsbezirk hat das Polizeiamt Treptow gebeten, bei der Schutzpolizei

die Vernehmung der nächtlichen Parkstreifen besonders in den Nächten zum Sonntag zu erwirken. Die Parkwächter allein seien dem Gefindel nicht gewachsen. Ihre Bewaffnung ist durch den Friedensvertrag nicht erlaubt, die Anschaffung von Dreißigbüden stößt auf geldliche Schwierigkeiten. Mit der Angelegenheit wird sich, da eine planmäßige Zerstörung vorliegt, auch die Bezirksversammlung zu beschäftigen haben.

Ein geisteskranker Messerstecher!

Zu der Bluttat in der Gräsestraße.

Der Totschlag der Fabrikarbeiterin Zimmer in der Gräsestraße scheint nach den Feststellungen der Kriminalpolizei mit dem in der Nacht zum 26. d. M. in der Johnstraße verübten Verbrechen zusammenzuhängen, wo, wie wir mitteilten, der 21 Jahre alte Bankbeamte Fritz Will plötzlich von einem noch unbekanntem Mann zwei Messerstücke in den Kopf erhielt und sein Begleiter, der ebenso alte Bügler Max Jahilit aus der Weseferstr. 205, durch einen Bauchschuß getötet wurde, als er den Messerstecher verfolgen wollte. Es hat den Anschein, als ob es sich in beiden Fällen um die Tat eines geisteskranken Messerstechers handelt. Zur Aufklärung beider Fälle ist es dringend erwünscht, daß sich Zeugen des Vorfalls in der Gräse- und des in der Johnstraße bei Kriminalkommissar Gehmig im Zimmer 45 des Berliner Polizeipräsidiums melden. Die Ermittlungen nach der am 1. Dezember 1884 geborenen Frau Anna Kreibe, geborenen Fleischer, die Augenzeuge des Ueberfalls auf Fr. Zimmermann gewesen ist, waren bisher erfolglos. Wie berichtet, hatte sie den Beamten ihre frühere Wohnung in der Weseferstraße angegeben, aus der sie aber unbekannt verzogen ist. Auch der Begleiter der Zimmermann, der diese mit einer Drohsche nach Hause gebracht hatte, hat sich bisher noch nicht gemeldet.

Die Gummiknäuel der Bismarck-Lente.

Der deutschnational orientierte Bismarck-Bund verfaßte sich wöchentlich zweimal in der Schulaula Danziger Str. 23, um dort sein Vaterland mit „großzügigen“ Hehreden zu retten. Auch Lobreden schwingt man, und zwar auf Wilhelm den Ehemaligen, Ludendorff usw. Am Dienstag abend kamen diese Herrschaften wieder in der Schulaula zusammen. Eine Bäfte der Erzäiserin und Lorbeerkränze mußten dazu herhalten, den Raum festlich zu schmücken. Als man fragte, was hier eigentlich los sei, erhielt man die geheimnisvolle Antwort: Historischer Gedenktag. (Wies richtig: Sedan- und Lannenbergfeier.) Bald erlangen „Vaterländische Weisen“. Erstens „Heil Dir“, zweitens „O Deutschland“ und drittens „Es braust ein Ruf“. Unten auf der Straße hatte sich nach und nach eine Menschenmenge eingefunden, die empört diesen Vorgängen folgte. Der erste Vorhänger der zukünftigen Vaterlandsretter gab jetzt bei der Frier bekannt, daß die Arbeiterjugend die Kula stürmen wolle, danach nach unserer Information gar keine Rede sein kann, worauf die Bismarck-Jünger mit ihren Totschlägern und Gummiknäueln auf den Tisch schlugen und meinten: „Laßt die nur kommen.“ Unterdessen hatte das Publikum die Schwup geholt, die auch, als sie die betragten Bilder Ludendorffs und Hindenburgs sah, die Versammlung schloß. Bei einer sofort vorgenommenen Untersuchung der Bismarck-Jünger wurden sechs Gummiknäuel (Marke Runze) und Totschläger gefunden. Die Leute sind auf der Polizeiwache 35a in der Pappellallee festgesetzt worden.

Ein größerer Brand kam in der letzten Nacht in einer Fabrik in der Frankfurter Allee 319 zum Ausbruch. Als der 7. Schicht dort ankam, hatten die Flammen an Del und Immobilien schon so reiche Nahrung gefunden, daß mit mehreren Schlauchleitungen kräftig gelöscht werden mußte. Die Entstehungsurache ist noch nicht aufgeklärt.

Unterstützt die Zeitungsschau! Ein Leser schreibt uns: In meinem Hause sind zwei „Vorwärts“-Abonnenten, einer in der ersten, der andere in der vierten Etage. Ich lasse die Zeitung für den Genossen in der vierten Etage bei mir eine Treppe abgeben und befördere sie selber oder durch meine Kinder „höheren Orts“. Der Zeitungsfrau erleichtere ich ihren schweren Dienst und die anderen Abonnenten haben den Vorteil davon, indem sie ihre Zeitung etwas früher erhalten. Genossen, handelt in ähnlichen Fällen ebenso, zum Ruhm eurer Mitmenschen und der Partei!

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt mit mäßigen westlichen Winden. Deister etwas Regen.

Die Granate in der Pariser Untergrundbahn.

Von Arbeitern der Pariser Untergrundbahn, die mit der Ueberwachung der Schienen beauftragt sind, wurde gestern eine Granate auf den Schienen gefunden. Als einer der Arbeiter die Granate aufheben wollte, explodierte sie und zerriß ihn in Stücke.

Bei dem Schiffbruch des japanischen Kreuzers Aikasa wurden 13 Personen gerettet. Die Zahl der Toten beläuft sich auf ungefähr 300.

Es ist hohe Zeit.

Morgen beginnt der neue Monat. Willst du den „Vorwärts“ regelmäßig zweimal täglich ins Haus gebracht haben, dann

bestelle sofort!

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der stärksten politischen Partei Deutschlands mit erheblich mehr als einer Million Mitgliedern, unterrichtet alle politisch Interessierten sachlich, schnell und zuverlässig.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Ringarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seitensl. — Tr. links — rechts

bei _____

